

AUSGABE 01/2009
MÄRZ/ APRIL 2009

Inhalt dieser Ausgabe	Seite
Die EU auf Schulbesuch: EU-Projekttag in Hems- bach, Weinheim und La- denburg	1
Fachtagung „Freiwillig in die Krise – reguliert wieder heraus“	2
Praxisforum Genossenschaftsbanken:	3
Steueroasen unter Druck Anhörung im Finanzaus- schuss	4
Konferenz soz. Beschäf- tigungsunternehmen in Berlin	6
Gesine Schwan in Heidelberg	7

Herausgeber
Lothar Binding, MdB

Redaktion dieser Ausgabe
Dietmar Erdmeier
Matthias Hertle
Norbert Theobald
Marco Winteroll

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 2 27-7 31 44
Fax: 030 / 2 27-7 64 35
lothar.binding@bundestag.de

Heidelberg/Weinheim
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 18 29 28
Fax: 0 62 21 / 61 60 40
lothar.binding@wk.bundestag.de



NEUES . aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
in dieser neuen Ausgabe meines Newsletters gibt es wieder viel Informelles, Hintergründiges, Wissenswertes ... rund um meinen Wahlkreis und das politische Berlin.
Herzlichst,
Lothar Binding

Europa macht Schule

Der EU-Projekttag sorgt für Abwechslung auf dem Stundenplan in Hemsbach, Weinheim und Ladenburg

Am 9. März 2009 fand zum dritten Mal der bundesweite EU-Projekttag an Schulen statt. Ziel der Aktion ist es, das Interesse der Schülerinnen und Schüler an der Europäischen Union zu wecken und ihr Verständnis für europapolitische Vorgänge zu stärken. mit Blick auf die anstehende Europawahl ist es wichtig, der EU ein Gesicht zu verleihen und die Erstwähler zu motivieren.

Bei meinen Besuchen der Goethe-Grundschule in Hemsbach, der Dietrich Bonhoeffer-Realschule in Weinheim und des Carl Benz-Gymnasiums in Ladenburg diskutierte ich mit den Schülerinnen und Schülern über die Entwicklung der EU.

Die Grundeinstellung an den Schulen ist dabei ausgesprochen pro-europäisch. Die Schülerinnen und Schüler gehen pragmatisch und nüchtern an die europäische Integration heran. Sie tun dies aber auch mit einer Haltung, die ganz selbstverständlich die junge Generation als ‚Europäer‘ sieht und dies mit der deutschen Nationalität produktiv verbindet.

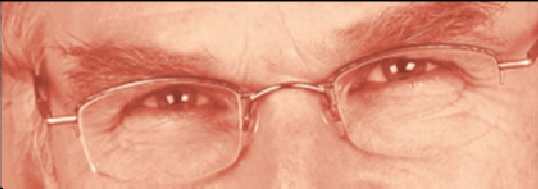
Deutschland hat immer noch Nachholbedarf, um eine aktive und treibende Rolle im zusammenwachsenden Europa zu spie-



Lothar Binding im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern
© Norbert Theobald

len. Es ist daher umso erfreulicher, dass die Idee des EU-Projekttag an zahlreichen Schulen mit Interesse und Begeisterung aufgenommen wurde.

In ganz Deutschland stand die Europäische Union an diesem Tag auf dem Stundenplan. Neben Mitgliedern der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages, der Landesregierungen sowie des Europäischen Parlamentes waren über hundert deutsche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Europäischen Kommission aus Brüssel angereist, um mit den Schülerinnen und Schülern bundesweit über Europa zu diskutieren. Sie haben den Jugendlichen Einblicke in den europäischen Politikalltag gegeben und mit Ihnen über die Arbeitsweise der EU und über aktuelle europapolitische Themen gesprochen.



Freiwillig in die Krise — reguliert wieder heraus

Die globale Finanzkrise und die Verantwortung von Unternehmen und Banken
Veranstaltung zu Herausforderungen, Strategien und Konzepte in der Finanzkrise

Auf Einladung des DGB Bildungswerks, der Gewerkschaft ver.di, der Entwicklungshilfeorganisation terre des hommes, des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung sowie der Denkwerkstatt Global Policy Forum habe ich am 26. März an einer Fachtagung zur Bewältigung der globalen Finanzkrise teilgenommen. Diese Aufgabe bildet derzeit einen meiner Arbeitsschwerpunkte im Finanz- und im Haushaltsausschuss des Bundestags.

Die thematische Bandbreite der Veranstaltung verdeutlichte die unterschiedlichen Facetten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein Vortrag von Pedro Morazan (Institut SÜDWIND) zu den verheerenden Folgen der Krise für den Süden, d.h. die Schwellen- und Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika, veranschaulichte eine zentrale Herausforderung für unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik der kommenden Monate und Jahre: Wir müssen – trotz unserer eigenen Anstrengungen mit Bankenrettungsschirmen, Garantiezusagen und Konjunkturprogrammen – die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit zumindest beibehalten, wenn möglich sogar erhöhen. Dies ist erforderlich, um das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den reichen Industriestaaten des Nordens und den ärmeren und ärmsten Ländern des Südens zu verringern, das letztendlich auch unseren Wohlstand gefährdet.

Barbara Happe (urgewald e.V.) beleuchtete die negativen sozialen und ökologischen Folgen der Tätigkeit von Banken und Investmentfonds, etwa bei der Kredit-

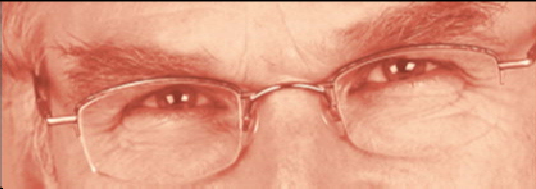


© istockphoto.com /Joselito Briones

vergabe an für umweltgefährdende Projekte, bei der Finanzierung von Waffenproduzenten und Bürgerkriegsmilizen oder bei der Kontoführung für Diktatoren. Ihr Vorschlag einer „Öko-sozialen Banklizenz“ bereicherte die Debatte um Argumente, die wir während der rot-grünen Koalitionsregierung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie schon einmal geprüft hatten.

Der Vortrag von Bernd Moritz vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre stellte die geltenden Haftungsregeln und Anreizstrukturen für Manager, Vorstandsmitglieder und Wertpapierhändler vor. Dabei wurde deutlich, dass die straf- und zivilrechtlichen Vorschriften im Kreditwesen- und im Aktiengesetz insbesondere dem Aufsichtsrat und der Aktionärsversammlung zwar scharfe Kontrolleinstrumente an die Hand geben – der Gebrauch dieser Instrumente allerdings oft

sehr zögerlich und unentschlossen erfolgt. Die Gehaltsstrukturen und Anreizsysteme vieler Banken und Investmentgesellschaften haben Aufsichtsräten, Fondsmanagern oder Wertpapierhändlern Einkommen ermöglicht, die das Vielfache eines „normalen“ Arbeitslohns oder Angestelltegehalts betragen. Diese Gehälter haben ein schnelllebigeres Renditestreben und riskantes Verhalten im Management vieler Kreditinstitute begünstigt. Deshalb weisen die Beschlüsse der Koalitionsarbeitsgruppe zur Neuregelung von Managergehältern und Vergütungssystemen in die richtige Richtung – ein guter Verhandlungserfolg meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen. Die Regelungen sollen künftig „Gehaltsexzesse“ verhindern, mehr Transparenz ermöglichen und Bankmanagern wieder ein Bewusstsein für den nachhaltigen Erfolg eines Unternehmens und seiner Arbeitnehmer vermitteln.



Die Journalistin Nicola Liebert stellte in Ihrem unterhaltsamen Vortrag die Frage „Steueroasen trockenlegen – aber wie?“. Sie bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen interessanten Blick auf die verschlungenen Wege, auf denen viele Privatpersonen und Unternehmen ihr Vermögen in Steueroasen in Europa und der ganzen Welt schleusen. Angesichts des großen finanziellen Schadens, der den deutschen Steuerzahlern und insbesondere auch den Entwicklungsländern hieraus entsteht, wird deutlich, warum die vermeintlichen Steuerparadiese und Off-Shore-Finanzzentren sich den Forderungen nach mehr Transparenz und Kooperation bislang widersetzt haben. Diesen schädlichen Steuerwettbewerb wollen wir durch breiten nationalen wie internationalen Druck beenden. Erste wichtige Schritte in diese Richtung sind wir bislang mit dem Koalitionsantrag zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und dem Referentenentwurf aus dem Bundesfinanzministerium gegangen, den Peer Steinbrück vorgelegt hat. Einige Beobachtungen und Einschätzungen zur Anhörung im Finanzausschuss, die sich dem Thema „Bekämpfung der Steuerhin-

terziehung“ widmete, lesen Sie ebenfalls in dieser Ausgabe. Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion habe ich gemeinsam mit Herrn Dietrich Jahn, Unterabteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, Frau Nicola Liebert vom Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie Mehrdad Payandeh, Mitglied im DGB-Bundesvorstand, über neue Regeln für die Finanzmärkte, strengere Standards für Banken, Fonds und Unternehmen und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung erörtert.

Die Debatte unter der kundigen Leitung von Herrn Jens Martens (Global Policy Forum) vermittelte – wie auch viele der Vorträge und Redebeiträge – einen Eindruck von den inhaltlichen Schnittmengen mit vielen der Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion für schärfere „Verkehrsregeln“ auf den internationalen Finanzmärkten. Ich denke dabei etwa an die Positionen, die Bundesfinanzminister Steinbrück bei den Verhandlungen der G20 in London vertreten hat:

- Transparenz und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte
- Bilanzierung, Risikoman-

agement und Verantwortung von Kreditinstituten

- Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung

Diese Verkehrsregeln stehen auch im Mittelpunkt vieler Veranstaltungen, die ich im Wahlkreis und in ganz Baden-Württemberg anbiete. Die Termine dieser Vorträge erfahren Sie im meinem Heidelberger Wahlkreisbüro.

Die Aussprache erinnerte mit ihren überwiegend klugen Akzenten – wie die gesamte Veranstaltung – auch daran, dass Bundestag und Bundesregierung ihre Arbeit unter dem wachsamem und strengen Blick einer kritischen Öffentlichkeit verrichten. Dies wurde bei der Tagung insbesondere dann spürbar, wenn das Timing und die Wirksamkeit der Konjunkturprogramme und unserer Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte in Zweifel gezogen wurden – auch wenn gelegentliche Verallgemeinerungen über „die Politik“ und pauschale Schuldzuweisungen der Komplexität des Themas leider nicht gerecht werden konnten und das generell hohe Niveau der Tagung etwas trübten.

Genossenschaftsbanken – eine wichtige Säule unserer Bankenlandschaft?

Veranstaltung zu Herausforderungen, Strategien und Konzepte in der Finanzkrise

Herausforderungen, Strategien und Konzepte im Zuge der Finanzkrise stehen im Zentrum einer Fachtagung des Handelsblatts zur Zukunft der deutschen Genossenschaftsbanken, zu der ich am 1. und 2. Juli 2009 eingeladen bin.

Ich komme dieser Einladung gerne nach und stelle in meinem Beitrag unter dem Titel:

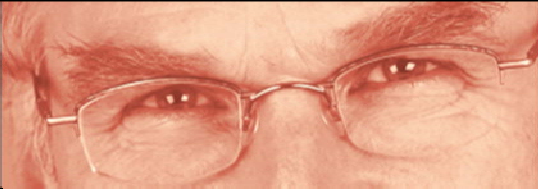


Finanzmarkt – labil oder stabil?



einige Überlegungen zum Gleichgewicht auf den Finanzmärkten vor. Die Bereitschaft vieler Bankvorstände, Fondsmanager oder Wertpapierhändler zu grenzen- und verantwortungslosem Risiko hat dieses Gleichgewicht erschüttert. Sie hat auch in der dreigliedrigen deutschen Bankenlandschaft

tiefe Spuren hinterlassen. Es ist mehr als eine bemerkenswerte Anekdote, sondern vielmehr ein Hinweis auf ein bedenkliches Politikverständnis, dass heute ausgerechnet diejenigen Leute nach mehr Staat rufen, die ihn noch gestern am liebsten abgeschafft hätten.



In Deutschland bemühen wir uns derzeit, dieses Gleichgewicht mithilfe der Ideen und Instrumente des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes (FMStG) zurückzugewinnen. Die Konstruktion des Finanzmarktstabilisierungsfonds verzichtet auf die pauschale Eingliederung aller Banken in ein obligatorisches staatliches Sicherungssystem, wie dies etwa in Großbritannien oder den USA geschehen ist. Solide Institute werden folglich keine staatlichen Stabilisierungsleistungen in Anspruch nehmen müssen, sondern können eigenständig und selbstverantwortlich nach anderen Wegen der Refinanzierung am Kapitalmarkt suchen.

Einige Kreditinstitute konnten – nach unserem derzeitigen Wissensstand – mit einer weitsichtigen Ausrichtung ihres Geschäftsmodells, vorsichtigen Anlageentscheidungen und einer klugen Konstruktion ihrer Einlagensicherung ihre Kunden vor größerem Schaden bewahren und ihre Position am Markt verteidigen. Ich denke dabei insbesondere auch an

**4. Handelsblatt Jahrestagung
Praxisforum
Genossenschaftsbanken.
1. und 2. Juli 2009, Bergisch Gladbach**

Weitere Informationen über diese Veranstaltung erhalten Sie, wenn Sie auf das obige Bildfeld klicken.

Volks- und Raiffeisenbanken. Davon profitierten viele Privatanleger und Sparer sowie klein- und mittelständische Unternehmen und honorierten dies mit der verstärkten Umschichtung von Kundengeldern zu genossenschaftlichen Instituten.

Ende vergangenen Jahres konnten Genossenschaftsbanken und Sparkassen erfreulicherweise stark steigende Einlagevolumen und Kundenzahlen verzeichnen. Einer Marktbeobachtung der Bundesbank zufolge zogen sich in dieser Phase der Finanzmarktkrise viele Anleger von den Kapitalmärkten zurück und parkten ihr Anlagevermögen im „sicheren Hafen“ kurzfristiger Bankanlagen. Ein entscheidender Wettbewerbsvorteil

der Genossenschaftsbanken, um Kundenvertrauen zu erzeugen und zu binden, war hier die zugesagte Einlagensicherung durch Institutschutz und gemeinsame Haftung. Dieser Sicherungsmechanismus wurde durch die Garantiezusagen der Bundesregierung für private Einlagen sicherlich noch verstärkt.

Das Vertrauen von Sparern und Anlegern, ein hohes Niveau der Einlagensicherung sind in Verbindung mit der regionalen Verwurzelung der Genossenschaftsbanken demgegenüber eine tragfähige Grundlage, um Einlagen zu akquirieren und die Organisationsstrukturen im deutschen Bankensektor weiterzuentwickeln.

Steuerparadiese unter wachsendem Druck

Große Unterstützung für Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung bei Anhörung im Finanzausschuss

Dem deutschen Staat gehen durch Steuerhinterziehung jährlich Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren. Wir müssen Steuerbetrügern deshalb entschlossen und zügig das Handwerk legen und Steuerparadiese austrocknen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Anhörung des Finanzausschusses zur Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung am 25. März 2009 den Entwurf von Bundesfinanzminister Steinbrück für ein Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz unterstützt.

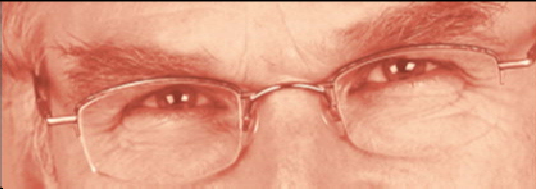
Der Entwurf sieht vor, Steuerparadiese und Finanzzentren zu mehr Transparenz und Zusammenarbeit



© Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Auch wenn manche Antworten von Sachverständigen und Interessenvertretern „in den Ohren klingeln“ ... – der Ausschussvorsitzende muss nur selten per Glocke zur Ordnung rufen

zu bewegen. Die deutschen Finanzbehörden sollen damit alle Informationen erhalten können, die für die Aufdeckung und Ahndung von Steuerhinterziehung und die Durchführung eines normalen Besteuerungsverfahrens notwendig sind. Bürgerinnen und Bürger, die Kapitalanlagen im Ausland haben, müssen gegenüber dem Finanzamt Auskunft über ihre Kapitaleinkünfte geben, etwa indem



sie ihre Bank im Ausland anweisen, die für die Besteuerung erforderlichen Informationen über Kontostände oder die wirtschaftlich Berechtigten dieser Konten den deutschen Behörden mitzuteilen. Kommen sie ihren Mitwirkungs- und Aufbewahrungspflichten nicht nach oder halten die Auskünfte einer Prüfung durch die Finanzbehörden nicht stand, kann das Finanzamt den sog. Werbungskostenabzug einschränken oder komplett versagen.

In ähnlicher Weise soll es möglich sein, von Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen zu Steueroasen unterhalten, eine bessere Zusammenarbeit einzufordern und ihnen Nachweispflichten aufzuerlegen. Auch hier kann die steuerliche Absetzbarkeit von Betriebsausgaben teilweise oder ganz gestrichen werden.

Steuerfahnder, Finanzbehörden und -gerichte, Wissenschaftler und verschiedene Verbände haben diese Initiativen mehrheitlich begrüßt und die Notwendigkeit von nationalem und internationalem Druck auf die Steueroasen unterstrichen.

Manche der geladenen Sachverständigen, hier wohl besser: Interessenvertreter, taten sich leider allerdings sehr schwer damit, auf einfache Fragen klar, vernünftig und nachvollziehbar zu antworten:

- Welche Rolle spielen deutsche Banken und Anlageberater bei der Steuerhinterziehung?
- Wie gelangt das Geld ins Ausland?
- In welche Anlageformen und Rechtskonstruktionen fließt das Geld im Ausland?

Wo auch mehrfache Nachfragen kein Licht ins Dunkel der Antworten bringen können, ist allerdings auch eine ausweichende oder nebulöse Antwort vielsagend ...

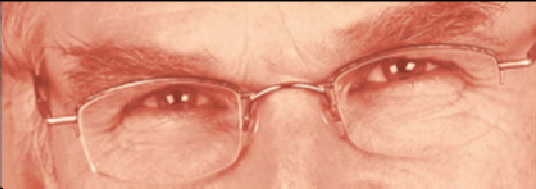
Wer Steueroasen schützt und den Kampf gegen Steuerhinterziehung verhindert, untergräbt die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft. Denn insbesondere steuererliche Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Entwicklungsländer sind die Geschädigten. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und ein handlungsfähiger Staat sind nur durch eine faire, gleichmäßige Besteuerung möglich.

Die Steuerbehörden in Deutschland stehen vor der Herausforderung, dass einige Staaten und Gebiete keine oder zumindest nur sehr geringe Steuern erheben. Gleichzeitig verweigern sie allerdings den Zugang zu Informationen, die für die Besteuerung in Deutschland zwingend erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere Bankinformationen und In-

formationen über Eigentumsverhältnisse an Stiftungen oder Briefkastenfirmen, die der Steuerflucht dienen.

Dieser schädliche Steuerwettbewerb geht zulasten der bei weitem überwiegenden Anzahl steuererlicher Bürgerinnen und Bürger. Um dies einzudämmen und zurückzudrängen, sind wir auf internationale Zusammenarbeit und Unterstützung angewiesen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat hier wertvolle Vorarbeiten geleistet und Grundsätze zu Transparenz und effektivem Austausch entwickelt.

Den internationalen Kampf gegen Steuerhinterziehung wollen wir auch mit einem schärferen Gesetz in Deutschland unterstützen. Wir hoffen daher noch in dieser Legislaturperiode auf die Unterstützung der Unionsfraktion, die sich bekanntlich allerdings schon mit unserem gemeinsamen Koalitionsantrag zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung sehr schwer getan hat.



“Bleiben Erwerbsarbeitsplätze für einfach qualifizierte Menschen im Krisenjahr 2009 auf der Strecke?“

Gemeinnützigen sozialen Beschäftigungsunternehmen droht das Scheitern im öffentlichen Wettbewerb – Zwischenstand einer Initiative

Seit einigen Jahren unterstütze ich die wichtige und engagierte Arbeit des Heidelberger Beschäftigungsunternehmens Werkstatt gGmbH, das sich als Teil eines deutschlandweiten Netzwerks sozialer Beschäftigungsunternehmen für die Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen für langzeitarbeitslose Menschen einsetzt. In diesem Netzwerk sind schon mehrere Tausend Arbeitsplätze geschaffen worden.

Um diese erfolgreiche Arbeit fortzusetzen, habe ich gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion und in enger Zusammenarbeit mit BEST 3S e.V. zu einer Veranstaltung unter dem Titel „**Bleiben Erwerbsarbeitsplätze für einfach qualifizierte Menschen im Krisenjahr 2009 auf der Strecke?**“ am 20. März 2009 mehr als 50 Vertreterinnen und Vertreter von Sozialverbänden und sozialen Beschäftigungsunternehmen nach Berlin eingeladen. Ich danke in diesem Zusammenhang Ulrike Gartung, der Geschäftsführerin der Werkstatt, und Wolfgang Gallfuss für ihr Engagement, ihre organisatorische Unterstützung und ihre kenntnisreichen Beiträge während der Veranstaltung.

Aufgrund der Änderungsvorhaben zum Vergaberecht und der geplanten Änderungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB)

und der für Leistungen (VOL) müssen gemeinnützig soziale Beschäftigungsunternehmen mit gravierenden Benachteiligungen rechnen, die inmitten der Wirtschaftskrise die Existenz zahlreicher Betriebe gefährden würden.

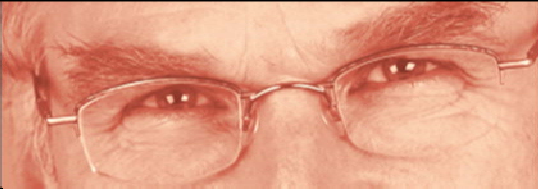
Die Änderungsvorhaben beruhen auf Vorschlägen des sog. VOB-Ausschusses, in dem vornehmlich Vertreter der Privatwirtschaft vertreten sind. Sie sehen vor, dass Betriebe im Falle der Realisierung von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden – mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen, die letztlich zulasten leistungsgeminderter Beschäftigter gehen würden. Leistungsgeminderte Beschäftigte waren oftmals Langzeitarbeitslose und würden nur schwer wieder vermittelbar sein.

Der VOB-Ausschuss begründet seine Empfehlung damit, dass soziale Beschäftigungsunternehmen öffentliche Gelder beziehen und daher Marktverzerrungen die Folge seien, sofern soziale Unternehmen auch weiterhin Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen erhielten. Weil die öffentlichen Gelder aber in Wirklichkeit dem Nachteil ausgleich dienen und diese lediglich den Preis für erbrachte Dienstleistungen decken, ist die Begründung nicht überzeugend. Sie fügt sich allerdings ins Bild

einer interessengeleiteten Ausrichtung des Ausschusses in den letzten Jahren, deren Entwicklung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz sehr skeptisch beurteilten.

Darüber hinaus konnten wir uns auf ein bundesweit einheitliches Vorgehen einigen, um drohende ordnungs-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Folgen abzuwenden. Zum einen werden wir Bemühungen unternehmen, um die Änderungsvorhaben bezüglich der VOB und VOL zu verhindern. Ich werde dahingehend auch auf meine Fraktionskolleginnen und -kollegen einwirken. Zum anderen muss sichergestellt werden, dass die öffentlichen Gelder aus den Konjunkturpaketen auch den sozialen Beschäftigungssektor erreichen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen gering qualifizierter Menschen verwendet werden.

Sollten die Pläne des VOB-Ausschusses realisiert werden, würden einmal mehr Einsparungen zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft vorgenommen werden. Zu fragen ist daher immer auch, wie Erwerbsarbeitsplätze in regionalen, sozialen und ökologischen Arbeitsfeldern für langzeitarbeitslose Menschen mit Mitteln aus den Konjunkturpaketen dauerhaft geschaffen und finanziert werden können. Hierbei besteht noch reichlich Handlungsbedarf.



Gesine Schwan steht für einen neuen Stil in der Politik Die Bundespräsidentschaftskandidatin aus der Nähe

Die Tür zum Saal geht auf. Die Besucher im Prinz Carl in Heidelberg heißen den Gast lautstark applaudierend willkommen. Und man hat das Gefühl, dass Gesine Schwan sich so richtig wohl fühlt. Sie nimmt das obligatorische Bad in der Menge, schüttelt Hände, winkt und freut sich über den riesigen Empfang.

Die Talkrunde „Lothar Binding aus der Nähe“ ist fast schon eine Institution des Heidelberger Bundestagsabgeordneten. Immer wieder lädt er bekannte Polit-Vertreter in seinen Wahlkreis ein, um mit ihnen zu diskutieren und aktuelle Fragen zu erörtern – aber auch, um ganz einfach nur zu plaudern. Heute hat er „Verstärkung“ durch Gert Weisskirchen bekommen.

Das Interesse an Gesine Schwan ist sehr groß. Der Raum ist zu klein, am Ende reichen die Stuhlreihen bis weit ins Foyer hinein. Hier wird Gesine Schwan gemocht. Studierende im Publikum breiten ein Plakat aus: „Gesine



Gesine Schwan im Gespräch mit Prof. Gert Weisskirchen und Lothar Binding © Norbert Theobald

now“.
Die Heidelberger SPD Fraktionsvorsitzende, Anke Schuster bezeichnet sie als „eigenwillige und streitbare Persönlichkeit“ und erklärt, dass sie den Wahlkampflogan für die Kommunalwahl im Juni – „Für eine solidarische Stadtgemeinschaft“ – aus Schwans Grundsatzreden „abgeguckt“ hätte. Die Besucher im Saal freuen sich und

ihre wissenschaftliche und politische Tätigkeit. In einer Viertel Stunde macht sie einen Ritt quer durch 66 Jahre Curriculum Vitae Schwan.

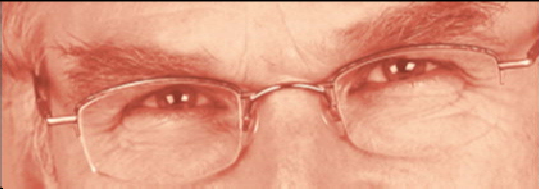
Weisskirchen und Binding können mit dieser eigenwilligen Person gut umgehen, die drei Sozialdemokraten haben eine Wellenlänge. Sie schonen ihr Gegenüber aber nicht mit kritischen Fragen und bringen auch bei überzeugten Sozialdemokraten umstrittene Themen aufs Tapet. Gesine Schwan antwortet geduldig. Zwischendurch verteilt sie gelegentliche Seitenhiebe auf den politischen Gegner. Vor allem die Liberalen werden zur Zielscheibe – teils blumig, teils direkt. Und immer wieder gibt es Zwischenapplaus.

Man erfährt viel Privates. Sie berichtet über das Engagement der Eltern im NS-Widerstand – und von ihrem Schulfreund Reinhard Mey. Schwan spricht offen über ihre verständnisvol-

Gesine Schwan ist sofort in ihrem Element. Hier hat es die Präsidentschaftskandidatin leicht. Schwan erzählt aus ihrer Schulzeit - damals in West-Berlin. Schwelgt in Anekdoten über den Willy-Brandt-Wahlkampf 1969 und schließlich berichtet sie über



© Norbert Theobald



le Mutter, die sie „Sinäle“ nannte und von einem schwierigen Vater – „wie halt Männer so sein können“.

Vor allem aber wirbt sie für einen neuen Stil in der Politik, in dem nicht länger nur Parolen und Slogans ausgetauscht werden sollen, sondern wo die Kraft des Arguments wirkliches Gewicht hätte. Auch in diesem Sinne versteht sie ihre Kandidatur als überparteilich. Ihre Biografie zeigt den Besuchern, dass ihre Loyalität der De-

mokratie und nicht einer einzelnen Partei gilt. So lange sie denken könne, jedenfalls seit ihrer Jugend, galt ihr politisches Engagement der Stärkung der Demokratie, „weil sie die größte Chance bietet, die Würde des Menschen, aller Menschen, lebbar und erlebbar zu machen“, bemerkte sie zum Schluss.

Der stellvertretende SPD Kreisvorsitzende aus dem Rhein-Neckar-Kreis Peter Wirkner hielt das Schlusswort. Als Geschenk überreicht er der Kan-

didatin Wein, Brot und eine grobe Pfälzer Leberwurst. Alles zusammen in einem Handtuch und an einen starken Ast über die Schulter gehängt, beendet sie die Talkrunde.

Mittlerweile ist es nach 21.30 Uhr. Gesine Schwan ist umringt von Autogrammjägern. Widmungen und ein Foto, gemeinsam mit der Genossin Gesine, sind begehrt. Für alle ein stressiger Moment. Aber es wird auch Zeit. „Wir müssen langsam...“, sagte sie zu Lothar Binding. Zwar ist der offizielle Teil vorbei, aber ein Kurzbesuch in der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte steht noch an.

Bericht: Norbert Theobald



Eine willkommene „Wegzehrung“ für die Tour zum Schloss Bellevue
© Norbert Theobald